



Erinnerung an eine dunkle Zeit



Erinnerung an eine dunkle Zeit

*Hans Lipp
FORUM 30
Dezember 2000*

Vor 60 Jahren mussten die katholischen Schulen schließen

Ostern 1940: Zahllose katholische Jungen und Mädchen in Baden gehen mit Trauer, zumindest aber mit einem flauen Gefühl im Magen in die Ferien. Denn für sie gab es kein Zurück in die vertrauten Klassenzimmer und zu den Lehrern, die man kannte, an die man sich gewöhnt hatte. Nach den Ferien hieß es, sich an eine neue Schule zu gewöhnen, und dies nicht freiwillig, sondern unter Zwang. Der schon Mitte der 30er Jahre begonnene Schulkampf des NS-Regimes hatte vor nunmehr 60 Jahren, teilweise schon vor 61 Jahren, auch in Baden "Erfolg": "Die Entscheidung ist gefallen, dass die klösterlichen Privatschulen aufzuhören haben", so schrieb der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber am 11./12. März 1940 an die "Höheren Töchter Schulen" St. Raphael in Heidelberg und St. Ursula in Villingen sowie, ähnlich lautend, an die übrigen katholischen Schulen. Der Erzbischof versicherte, dass er sich alle Mühe gegeben habe, "um dieses unverdiente Schicksal zu verhindern, das keineswegs in Einklang steht mit dem Artikel 25 des deutschen Konkordats". Dass diese Maßnahme des "Tausendjährigen Reiches" nicht von Dauer sein würde, ahnte Gröber wohl schon damals, fünf Jahre vor dem Zusammenbruch des Terror-Regimes. Die Träger der kirchlichen Schulen müsse "der christliche Gedanke trösten, dass aus dem Kreuz ein neuer Segen wachsen wird", so schloss der Erzbischof seinen Brief.

Die Redaktion des "FORUM" hat alle von diesem Schicksal betroffenen Schulen im Erzbistum Freiburg angeschrieben und um Beiträge und Bildmaterial gebeten, wie es damals war. Es kam eine solche Fülle von Material zusammen, dass es den Rahmen einer normalen Ausgabe, die auch andere Beiträge enthält, sprengen würde. Daher wird dazu eine dokumentarische Sonderausgabe vorbereitet. In dieser aktuellen Ausgabe wird als Hinführung in diesem allgemein gehaltenen Beitrag an den Schulkampf in Baden und im ganzen Deutschen Reich erinnert. Daraus wird zugleich deutlich, dass die staatlichen

Restriktionen nicht nur die Schulen in kirchlicher Trägerschaft, sondern auch die badischen Simultanschulen betrafen, in denen vor allem der Religionsunterricht (RU) "auf Linie" gebracht oder gar abgeschafft werden sollte. Das Material stellte freundlicherweise die Kommission für Zeitgeschichte in Bonn in Form von zwei Beiträgen zur Verfügung ("Schulkampf in Baden 1933 - 1945" von Joachim Maier und "Kirchenkampf oder Katholikenverfolgung?" von Georg May), die Grundlage für die nachfolgende Zusammenfassung sind.

NS-Kampf gegen katholische Pädagogik

Ausgangspunkt des NS-Schulkampfes war die Kritik an der katholischen Pädagogik und ganz besonders am katholischen Religionsunterricht. Die seit 1876 bestehende badische Simultanschule hatte durch die in den Schulgesetzen festgelegte Besetzung der Lehrerstellen nach dem Bekenntnis der Schüler einen außergewöhnlichen Charakter. Mit Recht sprach man von "konfessionellen Simultanschulen", in denen nur der Religionsunterricht getrennt nach Konfessionen unterrichtet wurde. Darüber hinaus waren die katholische Kirche und die von ihr verantwortete pädagogische Arbeit, so Maier, schon bald nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die einzigen ernstzunehmenden Kräfte in ganz Deutschland, die zu kritischer Auseinandersetzung mit der Schulpolitik und den weltanschaulichen Grundlagen des Regimes noch fähig und auch willens waren. Dieser Verantwortung stellte sich die Kirche im Erzbistum Freiburg ganz bewusst, auch wenn sie dem staatlichen Partner in dieser Situation zunächst eher Wohlwollen als Kritik entgegenbrachte. Die Bereitschaft zur Koexistenz mit dem NS-Staat dauerte auch dann noch an, als sich die Streitfälle wegen missliebiger Äußerungen von Geistlichen und weltlichen Lehrern häuften. Doch die Einflussmöglichkeiten der Kirche auf die Lehrer etwa bei der Fortbildung oder Stellenbesetzung wurde immer mehr begrenzt. So war gegen die vom badischen Kultusminister Otto Wacker eingeleitete und verantwortete Politik der Entkonfessionalisierung der badischen Simultanschule kaum noch Widerstand möglich.

Zu einem Wendepunkt in den Beziehungen zum NS-Staat wurde ein Treffen vom März 1938 in Berlin mit NS-Vertretern, bei dem sich Nuntius Orsenigo und Erzbischof Gröber noch einmal - vergeblich - um eine grundlegende Entspannung des verkrampften Verhältnisses zwischen badischem Staat und katholischer Kirche in Schulfragen bemüht hatten. Dabei wurde den Kirchenvertretern die Methode offenbar, die staatlicherseits in der Auseinandersetzung mit der Kirche praktiziert wurde: Wo auf pragmatische Weise der Einfluss der Kirche zurückgedrängt werden konnte, erhoben die badischen staatlichen Stellen den Anspruch auf Zuständigkeit; wo es um grundlegende Fragen ging, verwiesen sie auf Berlin. Bestehende Gesetze wurden nach NS-Prinzipien ausgelegt und zu antikirchlicher Schulpolitik benutzt. Für Aktionen der Partei lehnte man die Verantwortung ab, wollte aber auch nicht Einhalt gebieten. Die Absicht, den konfessionellen RU auszuzehren, war unverkennbar.

Im Streit mit NS-Ideologie um Schadensbegrenzung bemüht

Nach der erfolglosen Besprechung in Berlin, nach dem Verbot der "Katechismuswahrheiten" und der "Neuen Biblischen Geschichte", nach dem Propagandafeldzug gegen das Alte Testament im RU und unter dem Eindruck zunehmender Bedrängnis der Geistlichen im RU erkannte man kirchlicherseits die Notwendigkeit, die Geistlichen gründlicher als bisher auch für den RU zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen weltanschaulichen

Grundlagen zu befähigen. Instrumente dieser Weiterbildung waren neben den jährlichen Pastorkonferenzen der einzelnen Dekanate vor allem die 1938 eingerichteten "Katecheten-Konferenzen", die einer zeitgemäßen Neuorientierung religionspädagogischer Praxis dienen sollten. Immer stärker rückte dabei der Gedanke der Christozentrik in den Mittelpunkt der Diskussion. Christus sollte Ausgangs-, Mittel- und Zielpunkt der religiösen Erziehung sein. Auf dieser Grundlage sollten die Kernsätze christlichen Glaubens unverkürzt und zeitgemäß gelehrt werden. Der durch diese Erziehung zum mündigen Christen herangewachsene Jugendliche sollte sich auch in der ns-geprägten Umwelt behaupten können. Doch nur wenige Geistliche bejahten diese pädagogische Ausrichtung, zumal auch Erzbischof Groeber ihr teilweise skeptisch gegenüberstand. So fürchtete er - teils begründet - eine übersteigerte Christusmystik, ohne die Erziehung zum "Christophorus", der sich als mündiger Christ in der Zeit versteht, zu fördern. Gröber fürchtete sich auch vor der Verantwortung, durch stärkere Gegenwehr den seit 1934 geführten "Kulturkampf" zu einem Dauerzustand zu machen. Zugleich aber widersetzte er sich konsequent jedem staatlichen Versuch, das Glaubensgut (depositum fidei) und die Inhalte des katholischen Religionsunterrichts zu verkürzen. Dieser Zwiespalt, in dem sich Gröber befand, hatte auch Auswirkungen auf die Haltung des Klerus, bei dem die Bereitschaft zur Opposition größer war, als sie zum Ausdruck kommen konnte.

Zwiespältige Verhaltensweisen und Stellungnahmen gab es auch zu einer weiteren entscheidenden Frage: Die Betonung der Person Jesu für die religiöse Erziehung führte weder beim Erzbischof noch beim Klerus zu einer Besinnung über das Verhältnis zwischen Judentum und Christentum. Die jüdische Herkunft Jesu wurde nicht als verbindendes Element gesehen, sondern als "Geheimnis der Gnade Gottes" interpretiert. Die Verteidigung des Alten Testaments als Quelle der Offenbarung war für nationalsozialistisches Denken unerhört, doch führte dieses Festhalten am AT nicht zu einer offenen Kritik an der NS-Judenpolitik; man wollte den Bogen wohl nicht überspannen.



Mit antikirchlichen Karikaturen machte die NS-Propaganda Stimmung gegen ihren einzigen ernst zu nehmenden Gegner. Die St. Ursula-Schulen in Villingen informierten jetzt mit einer Ausstellung darüber.

Erzbischof Gröber und das Reichskonkordat

Doch aus der sicheren historischen Distanz und mit dem Wissen, wie alles gelaufen ist, ist es leicht, das Handeln der in der damaligen Zeit verantwortlichen Kirchenführer kritisch zu beurteilen. Wie die Kritiker, die etwa den Freiburger Erzbischof zu Unrecht teilweise als "braunen Conrad" brandmarkten, selbst in dieser Zeit gehandelt hätten, steht ja nicht zur Debatte.

Historiker wie etwa Hugo Ott und Bruno Schwalbach, die sich intensiv mit dem Lebenswerk Gröbers befasst haben, oder auch frühere enge Mitarbeiter des Erzbischofs wie Bernhard Welte, sind davon überzeugt, dass es Gröber als Freiburger Oberhirte von 1932 bis 1948 bei all seinem Handeln und Taktieren allein um das Wohl der Ortskirche und der Kirche insgesamt ging. Aufschlussreich ist eine Aussage des damaligen Rektors des Germanicums, Constantin Noppel, an die sich der spätere Kölner Erzbischof Joseph Höffner 1947 als Professor der Theologischen Hochschule Trier erinnerte. Höffner verwies darauf, dass Gröber an der Vorbereitung des Reichskonkordats mitgewirkt habe. Am Vorabend der Unterzeichnung des Konkordats (Paraphierung am 8. Juli 1933) erklärte Rektor Noppel in einem Gespräch mit Höffner, wie dieser bezeugt, folgendes: "Eben hat mir Erzbischof Gröber erklärt, er sei überzeugt, dass das Konkordat noch keine vier Wochen gehalten werde; trotzdem befürworte er die Unterzeichnung, weil das Konkordat in Deutschland und vor aller Welt eine wertvolle Rechtsgrundlage bei den kommenden unvermeidlichen Auseinandersetzungen bilden werde, wie ja auch das mit Napoleon 1801 abgeschlossene Konkordat von ähnlicher Bedeutung gewesen sei." (zitiert aus dem im Badenia-Verlag Karlsruhe erschienenen Buch von Bruno Schwalbach "Erzbischof Conrad Gröber und die deutsche Katastrophe", Seite 70)

Das NS-Regime handelte nach dem Prinzip: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Daraus folgte, dass nach Möglichkeit jeder andere Einfluss aus der Erziehung der Jugend ausgeschlossen werden sollte. In erster Linie waren davon die Kirchen betroffen. So zielte die NS-Schulpolitik auch auf Entkonfessionalisierung und Entprivatisierung. Die Kirchen und andere nichtstaatliche Schulträger sollten von jedem Einfluss auf die schulische Erziehung der Kinder ferngehalten werden - dies mit Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit und auch eines Großteils der Evangelischen Kirche.

Planmäßiger Abbau der Bekenntnisschulen

Der Hauptstoß des Regimes richtete sich gegen die Bekenntnisschulen, die vor allem von der katholischen Kirche vehement verteidigt wurden. Die Simultanisierungskampagne setzte in der Pfalz schon Ende April 1933 ein. In Bayern sah etwa der Bamberger Erzbischof Hauck in einer Eingabe an den bayerischen Kultusminister Hans Schemm die Bekenntnisschulen bedroht. Auch der Heilige Stuhl sprach in einer Note vom 19. Oktober 1933 "die schwere Gefährdung der katholischen Bekenntnisschulen" an. Doch die NS-Schulpolitiker ließen sich durch Proteste nicht beirren, sondern warben weiter unentwegt für die Simultanschule.

Der planmäßige Abbau der Bekenntnisschulen begann zu Ostern 1935. Die NS-Strategen nutzten die bekannte liberale Einstellung weiter Kreise der katholischen Bevölkerung von München, indem sie dort starken Druck auf die Eltern bei der Schuleinschreibung

ausübten. Waren 1934 noch 85 Prozent der Kinder für die Bekenntnisschulen eingeschrieben worden, so sank deren Zahl schon 1935 auf 65 Prozent. Damit war reichsweit eine Schleuse geöffnet worden. Am 7. Juli 35 forderte Reichsinnenminister Frick die "völlige Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens" und damit auch die Abschaffung der Bekenntnisschule. Bereits im März 1935 listete Kardinalstaatssekretär Pacelli in einer Note an den Botschafter Diego von Bergen minutiös die Bekämpfung der Bekenntnisschule in München auf. In einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 5. Mai 35 über die christliche Erziehung äußerten die deutschen Bischöfe ihre Sorge, was mit dem Ausbluten der Bekenntnisschule auf dem Spiele stehe. Am 20. August desselben Jahres riefen die Bischöfe die katholischen Eltern auf, ihre Kinder allen Diffamierungen und Drohungen zum Trotz in die Bekenntnisschule zu schicken. Zwei Monate später, am 26. Oktober, protestierte Kardinal Bertram bei Reichserziehungsminister Rust wegen der geplanten Rassentrennung in den Schulen gegen "Vergewaltigung der Elterngewissen" und gegen "Unterdrückung der Elternrechte". Doch alles war vergeblich. Auch die Gerichte versagten, wenn sie angerufen wurden, den Bekenntnisschulen ihren Schutz.

Immer wieder mussten die Kirchenvertreter erfahren, dass ihr Widerstand mit noch größeren Schikanen beantwortet wurde. So wurden auch 1936 die Angriffe gegen die Bekenntnisschulen verstärkt. Vor allem in den Großstädten bröckelte durch den wachsenden Druck die Zahl der Anhänger der Bekenntnisschulen. Bei der Schuleinschreibung in München wurden nur noch 38 Prozent der Kinder für diese Schulen angemeldet. Mit ihren Protesten blieben die Katholiken weitgehend allein und konnten umso leichter isoliert werden.

Der Höhepunkt des Kampfes

Selbst in Württemberg, wo auch die Protestanten zunächst an der Bekenntnisschule festhielten, brach deren Widerstand bald zusammen. Die evangelische Kirchenleitung gab im April 1936 ihre Bedenken gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule auf. Im Oktober 1936 besuchten fast 100 Prozent der Volksschüler die Gemeinschaftsschule. Demgegenüber hielten die katholischen deutschen Bischöfe auch in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 20. August 1936 unentwegt an der bedrohten Bekenntnisschule fest. Als Antwort des NS-Regimes erreichten die Angriffe gegen die katholische Bekenntnisschule im Jahr darauf ihren Höhepunkt. Die Wirkung dieser Maßnahmen zeigt sich etwa darin, dass 1937 in München nur noch vier Prozent der Kinder in eine katholische Konfessionsschule eingeschrieben wurden. Der dortige "Erfolg" der NS-Strategie wurde auch andernorts nutzbar gemacht. Gleichzeitig versuchte man, die Protestanten als Bundesgenossen zu gewinnen. In Württemberg etwa stand der Kampf gegen die Bekenntnisschule eindeutig unter antikatholischen Vorzeichen. Im Juni 1937 wurde in Württemberg die letzte Bekenntnisschulklasse beseitigt. Zugleich wurde landesweit ein Weltanschauungsunterricht eingeführt, in dem vor allem im Stoff für die höheren Schulen einseitig und gehässig die katholische Kirche diskreditiert wurde. In Osnabrück stimmten 1938 von 5000 Protestanten nur 38 für die Bekenntnisschule, von 3000 Katholiken aber 1700. Es war eine seltene Ausnahme, dass sich in Goldenstedt/Oldenburg Eltern beider Konfessionen zusammenfanden und gemeinsam gegen die Beseitigung der Bekenntnisschule protestierten.

Die Auswirkungen des NS-Schulkampfes zeigten sich in wenigen Jahren: Die Simultanisierung erstickte bei Lehrern und Schülern das konfessionelle Bewusstsein. Die Wirkungen zeigten sich, als die so erzogenen Jahrgänge Familien gründeten und NS-

genehme Vorstellungen über die Gestaltung des Schulwesens entwickelten. So suchten die katholischen Bischöfe in zunehmender Isolation zu verhindern, was unabwendbar war. Anfang 1937 wandten sie sich zugunsten der Bekenntnis- und Ordenschulen an die Gläubigen. Aus Protest gegen die Einführung der Einheitsschule schwiegen zu Ostern 1937 in den Diözesen Speyer und Trier die Glocken. Am 29. Dezember 1937 schrieb Goebbels in sein Tagebuch: "Die Bischöfe erlassen wieder einen gemeinsamen Hirtenbrief gegen Gemeinschaftsschule. Beschlagnahme und Druckereien enteignet. Das ist das wirksamste Mittel."

Nun unternahm es die Kirche, eigene Abstimmungen über die Frage Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule durchzuführen. In der Diözese Mainz votierten am 26. Februar 1939 von 824.122 Gottesdienstbesuchern 98,7 Prozent für die Erhaltung der Bekenntnisschule. Nach dem Lagebericht der Gauleitung Westfalen-Nord für die Monate April/Mai 1939 kamen die 90.000 schriftlichen Einsprüche gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule "fast ausschließlich von Katholiken".

Ein Ruhmesblatt des katholischen Ordenswesens waren neben der Bereitstellung von Lehrern für öffentliche Schulen vor allem eigene Schulen, die in Deutschland meist von Frauenorden unterhalten wurden. Im Rahmen der Entkonfessionalisierungskampagne wurden in Bayern im Januar 1936 die klösterlichen Lehrkräfte aus den öffentlichen Schulen vertrieben, was vor allem in ländlichen Gebieten zu lang anhaltenden Protesten führte. Am 4. November 1936 protestierte Kardinal Faulhaber bei seiner Unterredung mit Hitler gegen die Ausweisung von 1676 klösterlichen Lehrerinnen aus den staatlichen Schulen. Genau acht Monate später wandten sich die bayerischen Bischöfe erneut gegen die Vertreibung der Ordensschwester aus den öffentlichen Schulen - doch ohne Erfolg. So machten sich beschäftigungslos gewordene Schwestern teilweise durch Privatunterricht nützlich, was der SD im August 1942 nachdrücklich rügte.

Der Angriff gegen den Religionsunterricht

Der Religionsunterricht war in der Reichsverfassung (Art. 149) und durch das Reichskonkordat (Art. 21) garantiert. Er hatte als ordentliches Lehrfach die gleiche Stellung wie andere Fächer und war nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften zu erteilen.

Weil die im katholischen Religionsunterricht vermittelten Lehren im Gegensatz zur NS-Ideologie standen, versuchte das Regime, diesen Unterricht innerlich umzugestalten und vor allem durch Eliminierung der Verbindung zum Judentum den NS-Vorstellungen anzunähern.

Die "Entjudung" des Religionsunterrichts

Ein besonderes Ärgernis für NS-Schulpolitiker war das jüdische Element im christlichen Religionsunterricht. Das Alte Testament wurde als "Judenbuch" verunglimpft und seine Herausnahme aus dem Lehrplan gefordert. Die Plenarkonferenz des deutschen Episkopats vom 20. bis 22. August 1935 wies dieses Ansinnen entschieden zurück. Demgegenüber wurde im evangelischen Religionsunterricht das AT entweder ganz weggelassen oder nur in ideologisch bereinigter Auswahl benutzt.

In Süddeutschland griffen die Ministerialbehörden in den Inhalt des RU ein. Die

Kultusminister von Baden und Württemberg forderten die Kirchenbehörden auf, das Alte Testament aus dem RU herauszunehmen. Dieses Ansinnen wiesen der Freiburger Erzbischof und der Rottenburger Bischof Ende 1937 entschieden zurück. Das AT sei eine Glaubensquelle. Er werde "unter keinen Umständen mit seiner Auslassung einverstanden sein", so Erzbischof Gröber.

Doch auch manche Stellen im Neuen Testament waren für NS-Schulpolitiker unerträglich. Dies galt vor allem für die Stelle Johannes 4,22: Das Heil kommt von den Juden. Die in Freiburg 1936 erschienene "Biblische Geschichte für das Erzbistum Freiburg. Große Herdersche Schulbibel" brachte, anders als frühere Auflagen, diesen Vers 4,22. Das badische Kultusministerium beanstandete am 24. Juli 1937 diese Stelle und verbot am 3. Februar 1938 die Benutzung dieses Werks als Schulbuch.. Erzbischof Gröber verteidigte in seinem Schreiben vom 2. August 1937 das Wort Joh. 4,22 als "heiliges und unantastbares Offenbarungsgut".

Entzug der Religionsunterrichts-Befugnis

Im Kampf gegen den Religionsunterricht wurde vielen Geistlichen die Berechtigung aberkannt, Religionsunterricht zu erteilen. Wurde in Bayern von 1200 evangelischen Geistlichen nur 98 diese Befugnis entzogen, so erhielten von 500 katholischen Priestern immerhin 80 dieses Verbot. Und in Vorarlberg wurde von 1939 bis 1945 für ein Drittel der Weltgeistlichen Schulverbot verhängt. Bei einer Besprechung über Fragen des Religionsunterrichts an den badischen Schulen, die am 30. März 1938 in Berlin stattfand, gab der badische Staatsminister Otto Wacker bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 45 katholische und zwei evangelische Geistliche Schulverbot hatten. Zu der NS-Schulstrategie gehörte auch, dass vielerorts die Lehrer gedrängt wurden, auf die Erteilung von RU zu verzichten.

Schließlich gab es die Tendenz zur gänzlichen Beseitigung des Religionsunterrichts in den Schulen. Treibende Kräfte waren Männer wie Rosenberg und Bormann. Dass diese Pläne nicht verwirklicht wurden, lag an der Überlegung, nicht mitten im Krieg bei der gläubigen Bevölkerung ein weiteres Konfliktpotential zu schaffen. Doch an den höheren Schulen wurde seit April 1940 der RU auf die Dauer der Volksschulpflicht eingeschränkt. Die von der Kirche eingerichteten Seelsorgestunden erfassten nur einen Bruchteil der Schüler und waren meist schlecht besucht.

Wo immer es ihnen möglich schien, versuchten die NS-Machthaber schließlich, das Kreuz als christliches Symbol aus den Schulen zu entfernen. Im Gegensatz zu den Protestanten, denen das Kruzifix als katholisch galt, leisteten Katholiken gegen derartige Anordnungen heftigen Widerstand. So löste in Oldenburg ein Erlass des dortigen Ministers der Kirchen und Schulen, Julius Pauly, vom 4. November 1936 in der katholischen Bevölkerung helle und lang anhaltende Empörung aus, so dass die Verfügung zurückgenommen werden musste. Als in Bayern am 23. April 1941 die Schulgebete verboten und die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen angeordnet wurde, war die katholische Bevölkerung entrüstet. Noch am 8. Oktober 1941 musste der Regierungspräsident von Niederbayern und der Oberpfalz feststellen: "Stimmungsmäßig äußerst bedenklich waren und sind die Auswirkungen des Kruzifixerlasses."

Schließung der Klosterschulen im Erzbistum Freiburg

Die Erzdiözese Freiburg gehört zu den letzten Regionen im Deutschen Reich, in denen die Schulen in freier Trägerschaft, insbesondere die Ordensschulen, nicht nur durch öffentlichen Druck auf Eltern und Schüler ausgeblutet, sondern durch staatliche Erlasse geschlossen wurden. Wie dies von den in der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg zusammengeschlossenen Schulen, soweit sie damals bereits bestanden, und dem Kolleg St. Blasien erlebt wurde, wird demnächst in einem Sonderheft des FORUM dokumentiert. Hier soll nur vorweggenommen werden, wie sehr Erzbischof Conrad Gröber betroffen war und wie sehr er darunter litt, dass all sein Mühen um den Erhalt der Schulen vergebens war. Das Erzbischöfliche Archiv stellte dem FORUM aus dem "Nachlass Gröber" unter dem Betreff "Korrespondenz mit Klöstern" eine Reihe von persönlichen Briefentwürfen zur Verfügung, die in diesem Wortlaut oder nur leicht verändert den betroffenen Schulen zugestellt wurden. Sinngemäß verwies Gröber darauf, dass diese Schulen nicht etwa wegen schlechter Arbeit geschlossen würden, sondern allein, weil sie in ihrem Lehrplan und in ihrer Pädagogik dem christlichen Menschenbild verpflichtet seien. Zugleich äußerte Gröber seine Sorgen über den Weiterbestand der Klöster und wie und wo die nunmehr beschäftigungslosen Lehrkräfte künftig ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Er jedenfalls werde den Klöstern die Treue halten und sie durch Rat und Tat unterstützen.

So heißt es im Brief vom 12. März 1940 an die Töcherschule St. Ursula in Villingen: "Ein Trost mag sein, dass kein einziger Grund innerhalb des Klosters oder seiner Schule gefunden werden kann, der zur Aufhebung der Töcherschule Anlass geben konnte. Ich rufe als Zeugen für die erzieherische Tätigkeit der Klosterfrauen die vielen Hunderte von Schülerinnen auf, die seit langem schon im Leben stehen und dem Kloster und der Schule in Dankbarkeit verbunden blieben. Ich selber bin als Freund des Klosters und als Erzbischof durch das Verbot der Klosterschule schwer betroffen. Ich weiß, wie viele christliche Erziehungswerte damit den Schülerinnen verloren gehen. Ich weiß aber auch, dass die Eltern damit sich umso mehr verpflichtet fühlen, ihre Töchter für Christus und seine Kirche zu erziehen..."



Die NS-Propaganda zeigte auch an manchen kirchlichen Schulen Wirkung wie eine Abitur-Anzeige 1938 der Heimschule Lender in Sasbach belegt.

Bereits ein Jahr früher, am 16. März 1939, hatte das Kolleg "Stella matutina" in St. Blasien die Genehmigung zur Weiterexistenz verloren, "da die Voraussetzung, unter denen die Genehmigung erteilt wurde, heute nicht mehr als gegeben anzusehen ist", so zitierte Gröber noch am gleichen Nachmittag, als er davon in Kenntnis gesetzt wurde, in einem Brief an das Kolleg. "Als Oberhirte der Erzdiözese Freiburg erhebe ich gegen diese Verfügung feierlichen Protest." Weiter verwies der Erzbischof darauf, dass das Kolleg der Stadt St. Blasien wirtschaftliche Gewinne gebracht habe, die von keinem nachfolgenden Unternehmen erreicht werden könnten. Wenn die Schule trotz zahlreicher Proteste aus der Bevölkerung und trotz der von urteilsfähigen Eltern gelobten wissenschaftlichen und charakterlichen Erziehung ihre Existenz aufgeben müsse, "so kann der Grund dafür nur auf dem weltanschaulichen Gebiete liegen", fuhr Gröber fort und verwies zugleich auf das badische und das Reichskonkordat, in denen der Schutz der Glaubensüberzeugung und christlichen Erziehung verbürgt würden. "Ich erblicke deswegen in der Aufhebung des Collegs eine Feindseligkeit gegen die christliche Religion und die katholische Kirche, von der mit dem Aufhebungsakt verbundenen Verletzung der elterlichen Rechte und Gefühle ganz zu schweigen."

Vier Seiten umfasst das Schreiben des Erzbischofs an die Töcherschule des Lehrinstituts Zoffingen bei Konstanz, der Gröber durch seine frühere Tätigkeit als Religionslehrer (bis 1925) besonders verbunden war. Auch nach seinem Abschied von Konstanz und der Töcherschule habe er von Schülerinnen und ihren Eltern immer nur Lobendes über die Schule gehört.

"Eine Art Martyrium"

Den Klosterfrauen zollte Gröber großes Lob für ihre langjährige uneigennützte Arbeit zum Wohl der Stadt. "Sie haben durch ihre persönliche Armut und ihre Sparsamkeit den Bau des Schulhauses ermöglicht, das nun von anderer Seite beansprucht werden soll", so der Erzbischof. "Sie sind nicht Opfer geworden des Krieges oder misslicher Verhältnisse im Kloster selber, sondern einer Meinung, die alles Konfessionelle, um nicht zu sagen alles Christliche ausschalten will. Eine Art Martyrium liegt darum in ihrem Erleiden. Ich hoffe und bete zu Gott, dass sich auch in der Zukunft das wiederholen möge, was die jahrhundertelange Geschichte des Klosters schon mehr als einmal offenbarte, dass nämlich eine spätere Zeit das wieder gutgemacht hat, was das Kloster in einer früheren bitterschwer erleiden musste."

Seinen umfangreichsten, fünfseitigen Brief schrieb Gröber am 12. März 1940 an das Katholische Institut, das St. Ursula-Gymnasium in Freiburg: "Durch eine Verordnung des Badischen Unterrichtsministeriums wurde die Schule des Katholischen Instituts mit Berufung auf einen Erlass des Herrn Reichsministers Rust vor wenigen Wochen veranlasst, den Unterricht nach Schluss des Schuljahres einzustellen", so begann der Erzbischof seinen Brief und fügte dann in Klammern an, eine Begründung für diese Maßnahme sei nicht gegeben worden. "Offenbar handelt es sich aber um eine Entscheidung, die gegen die konfessionellen Schulen im allgemeinen und gegen die klösterlichen Anstalten im besonderen gerichtet ist." Ohne Erfolg habe er sich "nachdrücklichst um die Erhaltung des K.I. bei den höchsten Stellen des Reiches bemüht", bedauerte Gröber und erinnerte in einem geschichtlichen Rückblick an die Gründung der Klosterschule St. Ursula bereits im Jahr 1696. "Die nunmehr aufgehobene Schule (führte) nicht bloß ein rein privates Dasein, sondern (wurde) staatlich genehmigt und anerkannt und mit den gleichen Berechtigungen ausgestattet wie die staatlichen Schulen selbst." Sie habe auch in keinem einzigen Fall das Vertrauen der Regierung enttäuscht, sondern "sich jederzeit Mühe gegeben, die ihr anvertrauten Schülerinnen wissenschaftlich vollwertig auszubilden, charakterlich von der religiösen Seite her zu befestigen und in der Pflichttreue gegen Volk und Vaterland zu bestärken".

In der Schulschließung sah Gröber einen klaren Vertragsbruch und belegte dies durch Zitierung von Artikel 25 des Reichskonkordats: "Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bedingungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt. Diese Privatschulen haben die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Schulen, soweit sie die lehrplanmäßigen Vorschriften wie letztere erfüllen." Der Erzbischof betonte, dass die Schule als Ganzes wie auch ihr Lehrkörper mit diesen Vorschriften durchaus im Einklang gestanden habe. Auch wenn im Aufhebungserlass überhaupt kein Grund angegeben worden sei, zeige eine spätere Verlautbarung, "dass die Schule als konfessionell katholische keine Berechtigung mehr zum Weiterbestand besitze".

"Nicht jeder Untergang ist ein Ende"

Und dann verwies Gröber auf die Verdienste der Schule und die Undankbarkeit des Staates. "Eine Schule wurde aufgehoben, ohne jeglichen Dank und jegliches Bedauern, obgleich man wissen muss, dass die Klosterfrauen, die sich zum Teil in vorgerücktem

Alter befinden, damit ihren Lebensunterhalt verlieren. Es wird ihnen sogar zugemutet, die Schulgebäulichkeiten unverzüglich zu verkaufen, oder im Weigerungsfalle enteigen zu lassen, sodass sie nicht einmal mehr in der Lage sind, in klösterlicher Gemeinschaft zusammen zu leben." Ein Schicksal so unverdienter Art erfülle ihn als den Oberhirten der Erzdiözese und Protektor des Klosters mit tiefstem Schmerz. "Umso mehr werde ich mich verpflichtet fühlen müssen, für die Klosterfrauen und die vom Staate nicht übernommenen Lehrerinnen nach Kräften einzusetzen." Weitsichtig fügte Conrad Gröber an: "Die Geschichte des Klosters St. Ursula hat bewiesen, dass nicht jeder Untergang ein Ende ist, wie auch die Sonne untergeht, aber nach den Stunden der Dunkelheit wieder in neuer Leuchtkraft und Wärme erstrahlt."



Als die NS-Machthaber der Kirche ihr öffentliche Betätigung sowie die Meinungsfreiheit immer mehr unterdrückten, wurden Fronleichnamsprozessionen mit Erzbischof Conrad Gröber zu machtvollen Glaubensdemonstrationen. Hier geht der Erzbischof segnend durch die Straßen.

Hans Lipp

Hans Lipp

FORUM 30

Dezember 2000